

Interview mit zwei Schülerinnen zum Zusammenhang von BGE und Digitalisierung
29. August 2019

Denken Sie, ein BGE ist 2019 realpolitisch durchsetzbar?

Nein.

Falls nein. Was müsste sich ändern, damit es möglich wäre?

Ein BGE, das diesen Namen verdient, wird realpolitisch erst durchsetzbar werden, wenn gesellschaftliche Auseinandersetzungen zu einem Konsens geführt haben, dass eine soziale Absicherung für alle notwendig ist, damit die Gesellschaft funktioniert.

Denken Sie, ein BGE wäre gegen den Willen der herrschenden Klasse(n) durchsetzbar?

Ja, wenn die politischen Kämpfe entsprechend entwickelt wären, was vorerst nicht anzunehmen ist. Sollte diese Einschätzung zutreffen, dann müssten entweder Kompromisse gefunden werden mit Positionen, wie sie auch von Teilen der Unternehmerschaft (Götz Werner in D) vertreten werden oder mit den Digitalkonzernen. Beides wäre höchst problematisch, aber nicht unmöglich. Oder es müssten Entwicklungen stattfinden, die insgesamt das Funktionieren der Gesellschaft infrage stellen, sodass die Notwendigkeit radikaler Neuordnung auf der Hand läge. Das könnte etwa eine tiefgehende Finanz- und Wirtschaftskrise oder massiv zunehmende Klimanotstände sein. Vergleichbar wären historisch etwa die Weltwirtschaftskrise Ende der 20er-Jahre, die in den USA zu dramatischen politischen und ökonomischen Veränderungen geführt hat (New Deal), oder die Situation nach dem 2. Weltkrieg, wo Gleiches in Europa passierte.

Welche positiven Seiten der Digitalisierung gibt es für Sie?

Die Digitalisierung ermöglicht es, in Realzeit einen Überblick über ökonomische und soziale Bedürfnisse der Menschen zu gewinnen, wenn die Daten nicht privaten Geschäftsmodellen dienen. Solange privater Datenbesitz erlaubt bleibt, ist diese positive Seite aber nicht realisierbar.

Wie können wir uns die Digitalisierung gesamtgesellschaftlich zunutze machen?

Indem wir sie sehr weitgehend als öffentliche Infrastruktur, als Daseinsvorsorge organisieren.

Halten Sie eine Digitalsteuer für sinnvoll? Wäre es möglich damit einen Teil des BGEs zu finanzieren?

Das käme auf die Ausgestaltung an. In einer digitalen öffentlichen Infrastruktur wäre eine solche Steuer systemwidrig, in privaten Systemelementen kann sie sinnvoll sein. Grundsätzlich muss Steuer aber nicht nach dem Grad der Digitalisierung bemessen werden, sondern nach der Höhe der Gewinne.

Welche Alternativen sehen Sie zum BGE, um die Folgen der Digitalisierung zu entschärfen?

Eine Gesamtlösung für ein System sozialer Sicherheit für alle muss immer auch Elemente einer bedingungslosen Geldzahlung enthalten, da nur Geldeinkommen zur Teilnahme am Markt befähigen. Aber daneben ist erstens eine möglichst umfassende öffentliche Infrastruktur notwendig, also für die Benutzer*innen kostenlose Nutzung von Mobilität, Bildung, Kommunikationsmitteln, Energie(grundkontingenten), Wohnung etc. Zweitens braucht es eigenständige Sozialversicherungssysteme für Gesundheitsversorgung und Alterssicherung auf einem Niveau über

das BGE hinaus.

Halten Sie es für sinnvoll, in einem ersten Schritt ein Grundeinkommen für all jene auszuzahlen, welche durch die personellen Umstrukturierungen der Digitalisierung ihre Anstellung verloren haben?

Nein. das BGE ist ein wirtschaftsbürgerliches Grundrecht, keine sozialpolitische Ersatzleistung. Es kann sicherlich nur in einzelnen Schritten eingeführt werden, aber die müssen so gestaltet sein, dass jeder dieser Schritte auch dann noch sinnvoll bleibt, wenn kein weiterer erfolgt. Das könnte also zum Beispiel ein Kindergrundeinkommen sein oder eine umfassende Sabbatjahrregelung.

Welche Berufsgruppen sind Ihrer Meinung nach am stärksten von der Digitalisierung betroffen?

Das lässt sich nicht absehen. Technisch gesehen können sehr viele Tätigkeiten mehr oder weniger weitgehend digitalisiert werden. Wirtschaftspolitisch rechnet sich das oft nicht oder erst, wenn Löhne gestiegen und Arbeitsbedingungen verbessert worden sind. Und gesellschaftspolitisch passt es nicht immer mit den Wünschen der Beteiligten zusammen. Es muss sich also im politischen Prozess herausstellen, welche technischen Potenziale umgesetzt werden und welche nicht.